

EINBLICKE

CDU-FRAKTION IM STADTRAT DRESDEN

WWW.DRESDEN-CDU.DE



Haushaltsplus – nach zähem Ringen haben wir die Kuh vom Eis!

Investitionskürzungen sind vom Tisch

VON PETER KRÜGER,
CDU-FRAKTIONSVORSITZENDER



Die 109 Millionen Euro Haushaltsüberschuss aus dem Jahr 2020 sind verteilt. Die Führungsspitzen der haushalts-tragenden Fraktionen haben sich auf einen Kompromiss verständigt. Nahezu alle Investitionskürzungen sind vom Tisch, darüber hinaus haben alle Fraktionen noch um „ihre Projekte“ gerungen.

Nach zähen Verhandlungen können wir mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein, denn wir haben auch lange gerungen. Im Kern konnten wir dabei den Vorschlägen des Oberbürgermeisters folgen.

Unser Hauptanliegen als CDU-Fraktion war die Sanierung des Nebenstraßennetzes, in die jetzt 5 Millionen Euro zusätzlich fließen. Auch die Sanierung des Blauen Wunders und die Erschließung des Gymnasiums LEO ist gesichert, nachdem der Baubürgermeister

mit 10 Millionen Euro (vorher 13) auskommen wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt für uns die Finanzierung der Sportprojekte. Hier mussten wir zwar Zugeständnisse machen, konnten aber immer noch 9 Millionen Euro zusätzlich bereitstellen.“

Dieser Kompromiss wurde vom Stadtrat auf der letzten Sitzung vor der Sommerpause gebilligt.

Peter Krüger, CDU-Fraktionsvorsitzender
peter.krueger@stadtrat.dresden.de



© wid-dresden.de

“Kollektives Baulandmodell”

Von uns aus ja, aber bitte umsetzbar

VON INGO FLEMMING,
WOHNPOLITISCHER SPRECHER
DER CDU-FRAKTION



Die Wohnungsfrage ist, wenn man sich die jüngste kommunale Bürgerumfrage anschaut, eines der zentralen

Themen in der Landeshauptstadt. Doch ist Wohnen mit Blick auf den vorhandenen Leerstand wirklich zum Luxusgut geworden und bezahlbarer Wohnraum zur Mangelware? Muss der soziale Wohnungsbau wirklich in dem Maße geregelt werden, wie er momentan geregelt wird?

Wohnungen in Dresden stehen aktuell nicht nur deswegen leer, weil sie zu teuer sind. Es fehlt für bestimmte Wohnungstypen schlichtweg die Nachfrage. Sie sind teilweise zu klein, zu groß, zu schlecht ausgestattet, ungünstig geschnitten, oder sie liegen in einem weniger begehrten Stadtteil.

Bis zum Jahr 2030 rechnet das Rathaus nun mit einer Bevölkerungszahl von 588 000 und bis dahin mit einem zusätzlichen Bedarf von mehr als 30 000 Wohnungen. Das betrifft durch die Dynamik der Miet-

steigerungen auch den öffentlich geförderten Wohnraum.

Unter Fachpolitikern wird im Moment intensiv das “Kooperative Baulandmodell” diskutiert, welches Investoren für mehrgeschossigen Wohnungsbau mit mehr als 20 Wohneinheiten in einem Bebauungsplangebiet u.a. verpflichtet, 30 % Sozialwohnungen zu bauen.

Dass die WID (Wohnen in Dresden) als kommunales Wohnungsbauunternehmen den sozialen Wohnungsbau nicht allein bewältigen kann und soll, ist unbestritten. Das kooperative Baulandmodell kann dabei durchaus ein Lösungsansatz sein, doch in der vorliegenden Form können wir dieses auf keinen Fall beibehalten. So werden wir private Bauherren nicht zur Errichtung von Sozialwohnungen animieren. Die Quote von 30% Sozialwohnungen ist definitiv zu hoch. Das schreckt Bauherren und Bauträger ab und kann dazu führen, dass, wie beim “Berliner Mietendeckel“, gar nicht mehr neu gebaut wird. Denkbar wäre für uns ein Stufenmodell. Beispiel: Beim Bau von 100 Wohnungen können wir uns 15% vorstellen, bei bis zu 200 dann 20% und ab 200 dann 30%. Das wäre mittelfristig freundlicher, insbesondere für die ortsansässigen Bauträger. Und man darf

ja nicht vergessen, welche Auflagen Bauherren bei bebauungsplanpflichtigen Vorhaben in der Regel noch bekommen: Kita, Spielplätze, Grünanlagen, Gemeinbedarfsflächen, usw.

Zusätzlich muss das Modell deutlich entbürokratisiert werden, die Ablöserechnungen (Strafen) bei Ausnahmeregelungen sind beispielsweise derzeit viel zu kompliziert.

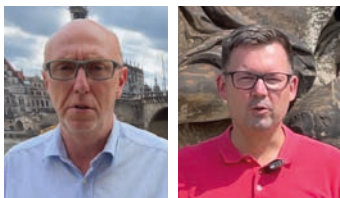
Ob das Vorhaben mit den Fraktionen des linken Spektrums gelingt, ist fraglich. Im Moment prüft die Stadtverwaltung, inwieweit ein Stufenmodell rechtlich machbar ist. Nach dem Sommer sehen wir weiter und sitzen wieder mit am Tisch. Es wird ein hartes Ringen. Eine Lösung um jeden Preis wird es aber mit uns nicht geben, auch wenn eine breit getragene Lösung bei diesem Thema wünschenswert ist. Dann riskieren wir lieber eine hauchdünne und fragile Mehrheit im Stadtrat für die Vorlage des Oberbürgermeisters, der vorschlägt, die Quote generell auf 15% Prozent zu senken.

 Ingo Flemming,
wohnpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
ingo.flemming@stadtrat.dresden.de

Augustusbrücke und Neustädter Markt

Trotz Denkmalschutz und Verkehrsberuhigung: Eine Karlsbrücke wird das nie!

VON VEIT BÖHM UND MARIO SCHMIDT,
CDU-BAU- UND VERKEHRSPOLITIKER



Die Sanierung der Augustusbrücke ist voll förderfähig. Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat mitgeteilt, dass die Sperrung für den Autoverkehr dem nicht entgegensteht. Busse, Taxen und auch Einsatzfahrzeuge werden nach der Sanierung fahren können.

Einen Bedarf für Privatautos gibt es tatsächlich nicht. Es stellt sich viel mehr die Frage nach der zukünftigen Verkehrsabwicklung auf den angrenzenden Großen Meißner Straße/Koepckestraße. Wir wollen einen Tunnel und insgesamt weniger Verkehr. Durch den Denkmalschutz für den Neustädter Markt und die angren-

zenden Straßen wird man noch einmal neu denken müssen.

Der Neustädter Markt und die Augustusbrücke sind wie ein Eingangstor in die Altstadt. Es ist unbestritten, dass das Gelände mehr Aufenthaltsqualität braucht. 2014 hatte der Stadtrat mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün die Schließung der Brücke für den Autoverkehr mit der Vision eines „Karlsbrücken-Flairs“ erzwungen. Doch eine Karlsbrücke wird die Augustusbrücke nie. Allein der Radverkehr wird für massiv Bewegung sorgen, auch die Busse der Stadtrundfahrt werden dort fahren. Die Brücke erhält wieder die klassische Verkehrsraumaufteilung mit Bürgersteig etc. Wer eine Karlsbrücke will, der muss nach Prag fahren“

Es hatte auch große Pläne für einen der größten Marktplätze in Dresden gegeben. Ein Architektenwettbewerb hatte 2019 eine Vision für den Neustädter Markt hervorgebracht, auch die Dresdner waren gefragt. Wettbewerb und Bürgerbeteiligung dürfen durch den derzeit geltenden Denk-



malschutz nicht ad absurdum geführt werden. Für den gesamten Bereich gibt es großen Aufklärungsbedarf.

Veit Böhm & Mario Schmidt,
CDU-Bau- und Verkehrspolitiker
veit.boehm@stadtrat.dresden.de
mario.schmidt@stadtrat.dresden.de



Der Kampf um die gemeinsame Erklärung gegen Gewalt im Ehrenamt

Bedenklich, dass Gewaltächtung nicht mal auf dem kleinsten Nenner

VON PETER KRÜGER,
CDU-FRAKTIONSVORSITZENDER



Der Buttersäure-Anschlag auf das Buchhaus Loschwitz von Stadträtin Susanne Dagen ist inzwischen einige Zeit her, alle Fraktionen im Stadtrat haben in der von uns beantragten Aktuellen Stunde den Übergriff scharf verurteilt. Doch nicht alle Fraktionen haben unsere gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Wir hatten die Erklärung allen Fraktionen zugesandt. Rückmeldungen gab es

von FDP, Freien Wählern und AfD. Grüne, Linke, SPD und Dissidenten haben nicht einmal reagiert.

Die Ablehnung von Gewalt ist der kleinste gemeinsame Nenner, den man im Stadtrat finden kann. Nicht einmal das hat funktioniert. Dass das linke Lager nach dem Vogel-Strauß-Prinzip vorgeht, halte ich für nicht in Ordnung. Die Ächtung von Gewalt ist für uns nicht nur ein Lippenbekenntnis. Wir sehen das Thema nicht als einmaligen Vorstoß, sondern wollen es dauerhaft in der Gesellschaft etablieren. Unser Ziel ist ein Runder Tisch unter Leitung des Oberbürgermeisters oder auch des Beigeordneten für Ordnung und Si-

cherheit, um das Thema Gewalt im Ehrenamt allgemein zu beleuchten. Rettungskräfte werden immer häufiger angegriffen, Sanitäter in ihrer Arbeit behindert. Auch Fußballschiedsrichter in kleineren Spielen werden bedroht und bedrängt.

Mit diesen Zuständen wollen wir uns nicht abfinden und fordern einen breiten gesellschaftlichen Diskurs. Der Stadtrat als oberstes Entscheidungsgremium muss mit gutem Beispiel vorangehen.

 Peter Krüger, CDU-Fraktionsvorsitzender
peter.krueger@stadtrat.dresden.de

Das lange Warten auf den Hochwasserschutz in Laubegast

Das gesamte Projekt im Dresdner Osten muss vorankommen

VON HEIKE AHNERT,
CDU-STADTRÄTIN AUS LEUBEN



Die Mühlen der Bürokratie mahlen langsam, manchmal sehr langsam. Seit 2014 ist der Flutschutz am Altelbarm beantragt, vor kurzem erst hat die Landesdirektion als zuständige Behörde den Plänen zugestimmt. Damit hat die 540 m lange Anlage zwischen der Marburger Straße und der Straße Am Fuchsbau die nächste Hürde genommen. Starten wird der Bau aber nicht vor Herbst 2022. Weitere Verzögerungen können wir uns nicht mehr leisten, wie schnell eine Flut kommen kann, das haben uns die Kata-

strophen der jüngsten Vergangenheit gezeigt. Und damit ist der Hochwasserschutz ja auch noch lange nicht komplett. Bei den Maßnahmen von der Elbstromseite her von der Berchtesgadener Straße bis zur Werft Laubegast sind wir noch lange nicht soweit.

Doch auch hier gibt es zumindest Neuigkeiten. Die Untersuchungen zum weiteren Flutschutz können starten, das Landesumweltministerium stellt das Geld dafür bereit. Allerdings wird es erst 2023 soweit sein.

Das Rathaus will nun erneut die Bürger befragen, da die ursprüngliche Bürgerbeteiligung schon zehn Jahre her ist. Doch es ist völlig sinnlos, das Beteiligungsverfahren neu aufzurollen. Nicht reden, sondern handeln! Die Varianten müssen geprüft wer-



den, und dann muss Kontakt mit den Betroffenen vor Ort aufgenommen werden. Der Hochwasserschutz in Laubegast wird nur als Ganzes funktionieren. Deswegen ist es wichtig, dass alles insgesamt vorankommt.

 Heike Ahnert, CDU-Stadträtin aus Leuben
heike.ahnert@stadtrat.dresden.de